

## Die Organisation des Handels verbessern

Die Fragen des Handels und der Versorgung spielten in den vergangenen Wochen in den Diskussionen mit der Bevölkerung eine besondere Rolle. In verschiedenen Kreisen gab es berechtigte Beschwerden über ungenügende Versorgung. Einer der Gründe dafür war, daß durch die Beschränkung der Warenlieferungen an den privaten Einzelhandel und durch Entstellungen der Parteilinie das Versorgungsnetz eingeengt wurde. Die Abteilung Handel und Versorgung beim Magistrat von Groß-Berlin z. B. hat auf Grund falscher Auffassungen einiger Funktionäre über die sozialistische Entwicklung des Handels schematisch eine Kürzung der Lieferungen an den privaten Einzelhandel vorgenommen, ohne sich mit der konkreten Lage in den Stadtbezirken zu beschäftigen. Die Hauptfrage, nämlich der Bevölkerung genügend Waren zum Kauf anzubieten, spielt bei diesen Verwaltungsfunktionären keine Rolle. Die formale, unpolitische Arbeit mancher Mitarbeiter der Abteilung Handel und Versorgung zeigt sich in Unklarheiten über Grundfragen unserer Bündnis- und Handelspolitik. Die politische Unsicherheit dort ist mit darauf zurückzuführen, daß es nach dem 28. Mai 1958, das heißt also nach der Abschaffung der Reste der Lebensmittelkarten, in der Abteilung Handel und Versorgung beim Magistrat keine Diskussion über politische Grundfragen gegeben hat. In der Parteiorganisation der Abteilung Handel und Versorgung wurde bis zum 6. August 1958 keine Mitgliederversammlung zur Auswertung des V. Parteitages durchgeführt. Da ist es nicht verwunderlich, daß es zu einer Verzerrung und Entstellung der Linie des Parteitages kommen konnte.

Ein wesentlicher Mangel besteht darin, daß auch im Handel die Vorschläge und Hinweise der Bevölkerung nur ungenügend beachtet werden. Wie aber gearbeitet werden sollte, dafür folgendes Beispiel: Am 7. August d. J. wandten sich die Einwohner aus dem Wohngebiet Oberspree in Berlin in einem Brief beschwerdeführend an den Minister für Handel und Versorgung, in dem über ungenügende Versorgung Klage geführt wurde. Nach Überprüfung wurde in Absprache mit der Wohnparteiorganisation und dem Wirkungsbereichsausschuß der Nationalen Front eine Einwohnerversammlung durchgeführt, in welcher das Versorgungsproblem eingehend behandelt wurde. In dieser Versammlung wurde von den Einwohnern die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Treptow stark kritisiert, die in der Vergangenheit die Vorschläge aus der Bevölkerung nicht beachtete. Diese Auseinandersetzung erfolgte am 21. August 1958, und nach wenigen Tagen waren die Mängel beseitigt. Die Fleischverkaufsstelle wurde, wie in der Versammlung festgelegt, termingemäß am 1. September 1958 eröffnet. Das Obst- und Gemüseangebot in der Gemüseverkaufsstelle ist seit dieser Zeit reichhaltiger, in der Lebensmittelverkaufsstelle gibt es jetzt auch ständig Öl und Eier, was vordem nicht der Fall war. Die Bevölkerung äußert ihre Zufriedenheit über diese Veränderung und stellt mit Recht die Frage, ob das nicht schon viel früher geändert werden konnte.

Die Kreisleitungen müssen die Kraft der Partei rechtzeitig auf die Überwindung von Schwierigkeiten lenken und die Hilfe organisieren. Auf dem Gebiete der Versorgung wurde mit dem Dispatcher im Handel ein wichtiges Instrument geschaffen. Dieser stützt sich auf die Mitarbeit der Bevölkerung, der Arbeiterkontrolle, der Verkaufsstellenausschüsse des Konsums sowie der HO-Beiräte. Von ihm können die Kreisleitungen eine ständige Übersicht über die Versorgung der Bevölkerung und Hinweise auf sich anbahnende Schwierigkeiten erhalten.